

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 141 (2015)
Heft: 5

Rubrik: In memoriam

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Hach, was haben wir gelacht, in den vergangenen Wochen, nachdem Magdalena Martullo-Blocher ihre Kandidatur für die Nationalratswahlen publik gemacht hatte, und die Medien umgehend zur allgemeinen Volksbelustigung die im Grunde schon länger bekannten Videomitschnitte online stellten, in denen Christophs emsige Erstgeborene das internationale EMS-Kader in lustigem Schweizerdeutsch-Englisch einschüchtert. Wie im Rausch verbrachten wir Stunden, Tage und Nächte in den Redaktionsbüros, wähnten uns freudetrunknen in der Gewissheit, dass nun eine Person das politische Parkett betreten wird, die wir künftig mit Lust und Leichtigkeit als burschikos, tolpatschig und rustikal lächerlich machen können, wann immer es unser angeborener Anti-SVP-Reflex gebietet. Wir übten uns reihum als Martullo-Immitatoren und tüftelten an den lustigsten Sprach-Unfällen im Stil von «This hits the barrel the bottom out» (Das schlaht em Fass de Bode uus!), die wir Miss Seven-Sinking-Schtesps in den Mund legen würden.

Doch dann kam das Urteil zum Messerstecher-Plakat herein. «Kosovaren schlitzen Schweizer auf» sei rassistisch, befand eine Einzelrichterin. «Totaler Quatsch», erwiderte die SVP. Die Aussage sei nicht verallgemeinernd, sondern gebe im Einklang mit der deutschen Grammatik einen Sachverhalt wieder, der sich 2012 tatsächlich so zugetragen hatte. «[Zwei] Kosovaren schlitzen [einen] Schweizer auf». Wir müssen zugeben: So viel Dialektik hatten wir der SVP nicht zugeschrieben – und dies lässt uns erschaudern. Was, wenn wir uns demnächst über Martullos «Sinking Schtesps for Tschwitzerländ» lustig machen, die Gute aber gar nicht am englischen th-Laut scheitert, sondern tatsächlich schrittweise die Schweiz versenken will?

In memoriam

Am 9. April verstarb im Alter von 74 Jahren Ueli Weber-Gloor. Weber gehörte jahrzehntelang zu den bekanntesten und profiliertesten Mitarbeitern des «Nebi» und sorgte noch bis vor wenigen Jahren mit seinem «Monatsgedicht» für einen sprachlich brillanten und satirisch scharfsinnigen Abschluss in jeder Ausgabe. Der «Nebelspalter» entbietet den Angehörigen sein aufrichtiges Beileid. (red.)

Sklaven des guten Willens

Wie man aus humanitären Gründen aus Versehen die Geschichte wiederholt.

Zu Hunderttausenden kamen sie aus Afrika und suchten in Europa Arbeit. Ihnen war das Paradies verheissen worden. Mit Versprechungen von einem sorglosen Leben lockte man sie auf die Schiffe. Diese waren selten wirklich seetauglich. Aber das Geschäft mit der Sehnsucht nach einem besseren Leben ist lukrativ. Der Menschenhandel lebt von der Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Je grösser die Differenz, desto höher der Profit. Zu Hunderten und Tausenden pferchte man die **schwarzen Glücksritter** in rostige Schiffsrümpfe, um sie wie billige Wegwerfartikel über das Mittelmeer zu schmuggeln und heimlich auf den europäischen Arbeitsmarkt zu werfen.

Viele starben unterwegs an Krankheit und Verletzungen, fielen über Bord und ertranken oder erstickten unter Deck, weshalb man **aus humanitären Gründen** Rettungsschiffe aufs Mittelmeer sandte, um die armen Menschen aus dem Wasser zu fischen.

Das sprach sich rum in Afrika. Der Zustrom von arbeitssuchenden wurde grösser, und die Schiffe wurden zahlreicher, aber kleiner. Immer mehr Menschen ertranken in ihren Rettungsbooten, welche sie vom havarierten Schiff Afrika zum Luxusdampfer Europa hätten bringen sollen. Die EU dehnte ihre Seerettungsaktionen aus bis vor die Küsten Afrikas. Aber erst ein neues humanitäres Programm, welches den Schwarzen direkte **kostenlose und sichere Überfahrten** nach Europa zusicherte, setzte den illegalen Versuchen, nach Europa zu gelangen, ein Ende.

Die Teilnehmer dieses humanitären Programmes mussten sich im Gegenzug von den europäischen Behörden registrieren lassen und einwilligen, den Behördenanweisungen Folge zu leisten und in Europa keine Arbeit zu suchen. Da die europäischen Gewerkschaften – und mit ihnen die europäischen Regierungen – Arbeit als ein rares Gut betrachteten, gaben sie sich entschlossen, die **kostbare weisse Arbeit** vor den billigen schwarzen Arbeitskräften zu schützen.

Die Arbeit war ein öffentliches Gut, welches gerecht verteilt werden musste. Man konnte die schwarzen Einwanderer nicht einfach arbeiten lassen, sonst hätten sich die weissen Einheimischen ungerecht behandelt

gefühlt. Der Arbeitssuche von Schwarzen wurde deshalb aus politischen Gründen **ein Riegel geschoben**. Aus humanitären Gründen nahm man die Schwarzen dennoch auf, aber nur als Asylsuchende. Denn Asylsuchende durften keiner Arbeit nachgehen.

Als die weissen Arbeiter dann aber trotzdem protestierten, weil sie mit ihren Steuergeldern die nichtarbeitenden Schwarzen miternähren mussten, beschlossen die Politiker, das Dilemma zu lösen, indem man die Schwarzen zwar arbeiten liess, aber in eigens zu diesem Zweck geschaffenen staatlichen Beschäftigungsprogrammen. Da es sich bei den meisten Schwarzen um einfache Bauern handelte, **richtete man Plantagen ein**, auf welchen die Schwarzen unter Aufsicht von weissen Agraringenieuren halfen, die Versorgungssicherheit der Gesamtbevölkerung sicherzustellen.

Da die Asylsuchenden nicht ausserhalb der staatlichen Beschäftigungsprogramme arbeiten durften, waren sie dazu verpflichtet, auf den Plantagen zu bleiben. Geflohe ne Asylsuchende, welche ihre Plantage unerlaubterweise verlassen hatten, wurden von den Behörden gestellt und auf die Plantagen zurückgebracht, wo man sie notfalls in Ketten legte. Da zeitweise sehr viele Asylsuchende vor der Zwangsarbeit auf den Plantagen auf der Flucht waren, führte man Strafmaßnahmen ein. Es wurden kontroverse Diskussionen geführt über diverse Methoden der körperlichen Züchtigung **bis hin zur Todesstrafe**. Aus humanitären Gründen verzichtete man dann jedoch auf solche Strafen und verurteilte die Gesetzesübertreter zu Geldbussen, welche im Wiederholungsfall ständig erhöht wurden. Vielen Plantagenarbeitern musste wegen wiederholter Fluchtversuche über Jahre hinweg der Lohn gepfändet werden, was deren Lage so aussichtslos erschien liess, dass sie erst recht bei jeder Gelegenheit die Flucht ergriffen, worauf dann doch noch die körperliche Züchtigung und am Ende auch die Todesstrafe eingeführt wurde. So kam es dazu, dass sich viele Flüchtlinge zur Wiedererlangung der Freiheit über Generationen hinweg zur Arbeit verpflichteten mussten.

Noch lange schafften es **die Gewerkschaften und die Regierungen**, dieses System mit der Behauptung aufrechtzuerhalten, ohne ihre humanitären Plantagen mit den schwarzen Arbeitern sei die Versorgungssicherheit der weissen Bevölkerung gefährdet.